

Die Angst vor Fluglärm und Wertverlust füllte Bürgerhaus

Versammlung zum Flughafenausbau in Rumpenheim/Stadtrat betont Mängel der Planung

Von Jörn Polzin

Offenbach ■ „Zur Fußballweltmeisterschaft werden die Gäste bereits über die Nordwestbahn einfliegen“, hatte Wilhelm Bender vor einigen Jahren angekündigt. Die Prophezeiung des Fraport-Chefs ging fehl. Der geplante Flughafenausbau ist zwar in aller Munde, liegt aber noch in weiter Ferne. Kaum ein Thema wird in Bürgerkreisen ähnlich kontrovers diskutiert und von Initiativen der Betroffenen begleitet. 127 000 Einwendungen hat es bis zum heutigen Tage gegeben.

„Objektive Schwierigkeiten im Zuge der Umsetzung sind eben nicht von der Hand zu weisen“, betont Stadtrat Paul-Gerhard Weiß. Das Bürgerhaus in Rumpenheim ist bei der Informationsveranstaltung am Montagabend gut gefüllt, der Informationsbedarf groß. Weiß berichtet zunächst über die einzelnen Schritte des Genehmigungsverfahrens, das er mit einem „Fortsetzungsroman“ gleich-

setzt. Er blickt zurück auf die ersten Überlegungen vor zehn Jahren, als noch mehrere Varianten zur Auswahl standen und „diejenige ausgesucht wurde, die möglichst wenige Bürger belastet.“ Im Umkehrschluss bedeutete dies, die Hauptbetroffenen noch zusätzlich zu belasten. Weiß kritisiert den Bündelungseffekt. „Das mag die bequemste Lösung sein, ist aber von unserer Seite aus nicht tragbar“, erklärt der Stadtrat.

Nach Prognosen, die bis ins Jahr 2020 reichen, soll der Flugverkehr in den kommenden Jahren noch ansteigen und somit die Lärmbelastung zunehmen. „Offenbach ist von den größeren Städten am meisten belastet und wäre von 75 Prozent Siedlungsbeschränkung betroffen“, ergänzt Weiß. Die Raumverträglichkeit sei im Falle einer neuen Landebahn nicht gegeben. „Wir wissen um den wirtschaftlichen Faktor und die Bedeutung des Standorts Rhein-Main, aber die Kapazi-

tätszuwächse müssten schon vertraglich festgehalten werden“, fordert der Stadtrat. Doch im Planfeststellungsverfahren gebe es einige Lücken. „Selbst das Hessische Ministerium zweifelt am Antrag des Flughafenbetreibers“, ergänzt Hartmut Wagner von der Bürgerinitiative Luftverkehr Offenbach. Wagner fordert die Bürger auf, weiterhin mit Einwendungen zum Umdenken der verantwortlichen Instanzen beizutragen und ihre Rechtsgüter wie Gesundheit, Erholung und Schlaf zu verteidigen.

Bis zum 7. Mai haben die Bürger Gelegenheit, mit ihren Anliegen beim Regierungspräsidium vorstellig zu werden. Wer auf einen Einwand verzichtet, verschlechtert seine Rechtsposition, wenn es um Schadensersatz geht. „Jedem Betroffenen steht auch eine Entschädigung zu“, betont Wagner.

Doch welche Auswirkungen hätte die zusätzliche Landebahn speziell für die Orts-

teile Bürgel und Rumpenheim? „Die neue Einflugschneise würde 1,5 Kilometer näher an den Ortsteilen liegen als die bestehende, und der Fluglärm insbesondere nachts um bis zu drei Dezibel zunehmen“, sagt Wagner. Der gestiegene Schallpegel sei auch drauf zurückzuführen, dass das Gebiet über Mühlheim, Rumpenheim und Bürgel als Eindrehbereich der Flugzeuge vorgesehen sei. Der zunehmende Lärm führe zu einem enormen Verlust der Wohn- und Aufenthaltsqualität. Gerade das Grün, das als Erholungsgebiet genutzt wird, sei betroffen. Auch das Argument des Flughafenbetreibers, dass die neue Landebahn eine Vielzahl neuer Arbeitsplätze schaffe, weist Wagner zurück. „Von den angekündigten 100 000 Stellen werden in Hessen vielleicht 20 000 übrig bleiben.“ Dieser Zuwachs stehe aber in keinem Verhältnis zu den Nachteilen des Ausbaus.